

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

257 (3.11.1951)

ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreis: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 23. auf den Monatsersten angenommen werden.

8./52. Jahrgang

Samstag, den 3. November 1951

9r. 257

Bundschreiben für ehemalige Soldaten

Bonn (UP). Die offizielle Pressekorrespondenz der Freien Demokratischen Partei gab an, daß von Organen ihrer Partei in streng vertraulichen Rundschreiben Einstellungsgesuche von Offizieren, Unteroffizieren und Beamten der ehemaligen deutschen Wehrmacht in die Dienststelle Blank empfohlen worden sind. Die Empfehlungen seien auf Initiative der FDP-Geschäftsführung und ohne Wissen des Bundesvorstandes versandt worden. Die FDP-Geschäftsführung sei von der Überlegung ausgegangen, „daß zeitig Vorsorge für die Bewerbung staatsbejahender, in Krieg und Frieden bewährter Kräfte und für den Ausschluß staatsfeindlicher Elemente“ getroffen werden müsse. Auch hielt man es für empfehlenswert, in politisch unveränderlicher Form bereits einige technische Vorbereitungen einzuleiten.

Bonner

Beobachter bei UN-Versammlung?

Blankenhorn reist wahrscheinlich nach Paris — 4000 Weißbücher für UN-Mitglieder

Bonn (UP). Die Bundesregierung trägt sich mit dem Gedanken, einen Beobachter zur bevorstehenden Vollversammlung der Vereinten Nationen in Paris zu entsenden, wenn das UN-Generalsekretariat einem entsprechenden Ersuchen stattgibt.

Dies würde von ununterrichteten Persönlichkeiten in Bonn mitgeteilt. Das Bundespressamt erklärte auf Anfrage, es könne hierzu keine Stellungnahme abgeben. Von gleicher Seite wurde mitgeteilt, daß der langjährig politische Berater des Bundeskanzlers, Ministerialdirektor Blankenhorn, wahrscheinlich zu Beginn der kommenden Woche in Begleitung anderer Beamter des Bundeskanzleramtes nach Paris reisen werde. Es wird nicht für ausgeschlossen gehalten, daß Blankenhorn die Aufgabe eines deutschen Beobachters bei den UN übernimmt.

Die Vereinten Nationen werden im Verlauf ihrer Sitzung vermutlich auch den angekündigten Antrag der drei Westmächte behandeln, zur Prüfung der Voraussetzungen für gesamtdeutsche Wahlen eine internationale Untersuchungskommission einzusetzen. Dieser Antrag erfolgt auf Grund einer entsprechenden Note der Bundesregierung an die drei Alliierten. Es ist ferner zu erwarten, daß die Außenminister der drei Westmächte während der Pariser Konferenz der UN auch das Deutschlandproblem informell erörtern und dabei vor allem den Fortgang der deutsch-alliierten Vertragsverhandlungen behandeln werden. Blankenhorn wird wahrscheinlich zunächst nur acht bis zehn Tage in Paris bleiben, jedoch zu einem späteren Zeitpunkt möglicherweise noch einmal dorthin zurückkehren.

4000 Exemplare des neuen Weißbuches der Bundesregierung über die Bonner Bestrebungen zur Wiederherstellung der deutschen Einheit sollen den Mitgliedern der UN noch in diesem Monat nach Paris zugestellt werden. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen hat bereits je 2000 Exemplare in englischer und französischer Sprache in Druck gegeben.

Prof. Shuster verläßt Deutschland

Obersalzberg-Gebäude werden geschleift
München (UP). Der amerikanische Landeskommissar für Bayern, Professor George N. Shuster, teilte in seiner turnusmäßigen Pressekonferenz in München mit, er werde am 1. Dezember 1951 Deutschland verlassen und nach den USA zurückkehren. Sein Nachfolger wird der bisherige stellvertretende Landeskommissar, Dr. Orest J. Hale.

Auf der erwähnten Pressekonferenz gab Shuster bekannt, zwischen den amerikanischen Besatzungsbehörden und der bayerischen Regierung sei ein Übereinkommen geschlossen worden, nach dem die Ruinen der im Dritten Reich auf dem Obersalzberg angelegten Gebäude niedrigergerissen und abgetragen werden sollen. Es handelt sich um die Häuser von Hitler, Göring, Bormann, ferner die SS-Kaserne und das Hotel „Platterhof“. Hitlers Teehaus soll erhalten bleiben, sofern über seine spätere Verwendung zwischen den amerikanischen und deutschen Dienststellen Klarheit erzielt werden kann.

Reder erhielt lebenslänglich

Bologna (UP). Ein italienischer Militärgerichtshof verurteilte den ehemaligen SS-Sturmbannführer Walter Reder, der sich wegen Ermordung von mehreren hundert Italienern während der letzten Tage des zweiten Weltkrieges verantworten hatte, zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe. Vor dem Urteilspruch verlangten die Zuschauer in dem überfüllten Gerichtssaal die Erschießung des Angeklagten. Der Vorsitzende ermahnte zur Ruhe und verbat sich jede Manifestation durch das Publikum. Reder, dem zum Abschluß des Prozesses das letzte Wort erteilt wurde, erklärte, „als Soldat und als Offizier vertraue ich auf die Gerechtigkeit der italienischen Militärrichter“. Danach zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück und verkündete im Anschluß daran den Urteilspruch.

Nachtsitzung mit den Hochkommissaren

Überraschende Aussprache Adenauer-McCloy am Vormittag - Ersatz für Helgoland

Bonn (UP). Bundeskanzler Adenauer und die drei Hochkommissare begannen am Freitagabend mit der 7. Aussprache über die Verwirklichung der Beschlüsse zwischen Bonn und den Westmächten. Gegenstand der Beratungen soll der sogenannte Generalvertrag sein, von dem ein Teil bisher als Präkambel bezeichnet worden ist.

Der Bundeskanzler und Hochkommissar McCloy trafen schon am Freitagvormittag im Bundeskanzleramt überraschend zu einer Konferenz über wichtige politische und wirtschaftspolitische Fragen zusammen. Im Vordergrund der Aussprache, an der politische Berater und Wirtschaftssachverständige des Kanzlers und McCloy teilnahmen, standen die für den Nachmittag angesetzte Aussprache und die Regelung des Interzonenhandels. Zeitweilig soll die neue Unterredung Dr. Adenauer mit McCloy unter vier Augen geführt worden sein. Walter Hallstein und Ministerialrat Herbert Blankenhorn nahmen an einigen Phasen der Konferenz teil.

Der Bundeskanzler und McCloy trafen damit innerhalb von 24 Stunden zum zweitenmal zu einer längeren Unterredung zusammen. Noch am Donnerstagabend war Dr. Adenauer Gast McCloy in Mehlern gewesen. Die ungewöhnliche Aktivität der Hochkommissare und der zuständigen Organe der Bonner Regierung hat in der Bundeshauptstadt Überraschung ausgelöst.

Beamte der Hochkommission erklärten, zur Zeit würden die Besatzungskosten nach wie vor durch alliierte Stellen festgesetzt. Die bevorstehende Umwandlung des deutsch-alliierten Verhältnisses durch den Abschluß von beiderseitigen Verträgen werde jedoch auch die Besatzungskostenfrage auf eine völlig neue Grundlage stellen. Es sei nicht richtig, so sagte ein amerikanischer Sprecher, daß die Alliierten der Einsetzung eines deutsch-alliierten Ausschusses zugestimmt hätten, der die Ausgaben der Besatzungsmächte im gesamten Bundesgebiet auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit überprüfen solle. In der britischen Zone sei aber bereits Anfang August ein Sparkommissar eingesetzt worden, der, wie auch deutsche Stellen bestätigten, mit Erfolg die Ausgaben der Engländer aus den Besatzungsgeldern überprüfe und beschränke. Auch die Franzosen planten die Einsetzung eines Sparkommissars, das sich unter anderem auch mit deutschen Vorschlägen beschäftigen soll. Die Amerikaner hätten einen deutschen Vorschlag zugestimmt, für die amerikanische Zone einen deutsch-amerikanischen Ausschuss zu bilden, der die Funktion eines Sparkommissars übernehmen solle.

In Bonn rechnet man mit einer baldigen Einigung über ein Ersatz-Ziel für Bombenabwürfe englischer Flugzeuge auf Helgoland. Auf deutscher Seite wird zur Zeit geprüft, ob Bombenabwürfe auf die Sandbank „Großer Knechtsteden“ bei Cuxhaven wesentliche Nachteile für die Fischerei und Schifffahrt mit sich bringen würde. Wie verlautet, würden die Engländer sich mit dem „Knechtsteden“ als Bombenziel einverstanden erklären. Die britischen Behörden hatten sich bekanntlich vor mehreren Monaten verpflichtet, Helgoland bis zum März 1953 freizugeben, wenn bis dahin ein Ersatzziel gefunden werden könne.

Vizekanzler Franz Blücher erörterte mit Sachverständigen der Alliierten Einzelfragen über die Durchführung des Gesetzes 27. Blücher sagte, es seien keinerlei bedeutsame Entscheidungen getroffen worden.

VOM TAGE

Die schwedische Regierung hat in einer scharfen Note die polnischen Beschuldigungen zurückgewiesen, daß sich in Schweden „eine gefährlichste antipolnische Tätigkeit“ entwickelt habe.

General Eisenhower flog nach den USA ab. Vorher hatte er eine Unterredung mit Averell Harriman, der gerade aus London angekommen war, wo er mit Winston Churchill verhandelt hatte.

Die „Eagle“, der neueste und größte britische Flugzeugträger (45 000 BRT) lief zu seiner Jungfernfahrt aus.

Die Prämien für Uran-Funde in den britischen Kolonien und Schutzgebieten wurden als Anreiz für die Suche wesentlich erhöht.

Der jordanische Ministerpräsident erklärte, Jordanien wolle die Zusammenarbeit mit den anderen arabischen Staaten verstärken.

Zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Polizei und Bevölkerung kam es in Casablanca (Marokko). Ein Marokkaner wurde getötet, mehrere andere wurden verletzt. Es handelt sich um einen Fall von Wahl-Boykottierung.

Der Filmstar Jane Russell will in Frankfurt ein deutsches Baby adoptieren.

Zwei Todesopfer forderte der Einsturz einer Kanalwand in Grünplan bei Alfeld, wobei mehrere Arbeiter von Sandmassen verschüttet wurden.

25 cm Neuschnee wurden bei Temperaturen um minus 12 Grad auf der Zugspitze gemessen.

Pakistan bietet Vermittlung an

Türkei unterstützt Nahostpakt - Eden will mit Salah el Din sprechen

Paris (UP). Sir Zafrullah Khan, der Außenminister Pakistans, der zur UN-Vollversammlung nach Paris kam, bot sich an, im Streit zwischen England und Ägypten zu vermitteln.

Pakistan — so betonte er — sei sehr stark daran interessiert, daß der Disput zwischen Großbritannien und Ägypten „schnell und friedlich“ beigelegt werde. Infolgedessen sei er bereit, bei einer derartigen Lösung mitzuwirken. Pakistan könne sehr gut diese Vermittlerrolle übernehmen, weil es sehr freundliche Beziehungen sowohl zu Großbritannien als auch zu Ägypten unterhalte und auch Mitglied des Commonwealth sei. Sir Zafrullah betonte jedoch, daß offizielle Verhandlungen noch nicht eingeleitet wurden.

Aus Kairo wird dazu gemeldet, daß das Angebot Pakistans, im anglo-ägyptischen Disput die Vermittlung zu übernehmen, von maßgebenden ägyptischen Kreisen stark beachtet werde. Bisher hat jedoch weder Großbritannien noch Ägypten offiziell zu erkennen gegeben, ob sie vom Angebot Pakistans Gebrauch machen wollen.

Die Vereinigung des Weltislam verabschiedete auf einer Tagung in der pakistanischen Hauptstadt Karachi eine Resolution, die Ägypten in seinem „Kampf um die Kontrolle des Suezkanals und des Sudan“ volle Unterstützung zusagt.

Nach den letzten Meldungen aus Kairo lehnten es die Außenminister der arabischen Staaten ab, die Zurückweisung der westlichen Verteidigungsvorschläge in Kairo sofort zu erörtern. Nach einer Ankündigung des Generalsekretärs der Araberliga, Asam Pasha, soll diese Frage erst auf einer Sitzung des außenpolitischen Ausschusses der Liga in Paris erörtert werden.

In seiner Eröffnungssprache vor dem türkischen Parlament forderte der Staatspräsident Celal Bayar alle Staaten des Nahen Ostens auf, dem vorgeschlagenen Verteidigungspakt beizutreten. Die Beteiligung aller Staaten des Ostens an einer gemeinsamen Verteidigung werde sowohl für sie selbst als auch für den Weltfrieden nützlich sein. Der Präsident gab der Ansicht Ausdruck, daß der von den Westmächten vorgeschlagene Verteidigungspakt von den arabi-

schen Staaten mißverstanden worden sei. Das britische Oberkommando hat den Transport von Treibstoff auf der Straße Suez-Kairo wieder zugelassen. Angesichts der zunehmenden Aktivität ägyptischer Untergrundorganisationen wurde die 1. Infanteriedivision in die Kanalzone verlegt. Ihre Vorkommandos sind, aus Tripolis kommend, bereits in Fayed eingetroffen.

Die britischen Luftstreitkräfte haben seit der Kündigung des britisch-ägyptischen Vertrages von 1936 über 10 000 Mann Verstärkungen in die Suezkanal-Zone geschickt. Außerdem wurden 330 Fahrzeuge und Geschütze sowie 170 Tonnen anderes Kriegsmaterial auf dem Luftwege in die Kanalzone gebracht.

Der ägyptische Innenminister Serag el Din machte am Freitagvormittag die britischen Stellen erneut darauf aufmerksam, daß eine Unterbrechung der Treibstoffzufuhr nach Kairo zu schweren Unruhen führen könnte, da die gesamte Strom- und Wasserversorgung der Hauptstadt gefährdet sei. Während die Engländer hierbei nachgaben, wurde der ägyptische Protest gegen die Ausweisung von elf Polizisten aus der Kanalzone von Generalleutnant Erskine zurückgewiesen. Erskine erklärte, daß die ägyptische Polizei die Arbeiter einzuschüchtern versuche. Solange diese Taktik nicht geändert werde, sei mit weiteren Ausweisungen zu rechnen.

Nach Mitteilung des britischen Außenamtes in London wird Außenminister Eden vermutlich in Paris mit dem ägyptischen Außenminister Salah el Din anlässlich der UN-Vollversammlung das britisch-ägyptische Verhältnis besprechen.

Der amerikanische Flottenchef, Admiral Fechteler, sagte auf einer Pressekonferenz in Neapel, daß die Bewachung des Suezkanals durch britische Truppen von großer „Wichtigkeit“ sei. Andererseits würde eine Schließung des Kanals „keine besondere Gefährdung der amerikanischen Seestreitkräfte im Mittelmeer bedeuten, wenn auch ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt würde“. Fechteler lehnte jede Stellungnahme zu der Frage ab, ob die 6. Flotte im Falle einer Bedrohung des Suezkanals „eingreifen“ werde. Diese Entscheidung, sagte der Admiral, liege bei der Regierung und nicht bei den Militärs.

Plevens Galgenfrist

Havarie des französischen Staatschiffs

Am nächsten Dienstag tritt Frankreichs Nationalversammlung nach sechswöchigen Ferien wieder zusammen. Eine Fülle schwieriger und heiß diskutierter Probleme steht auf ihrer Tagesordnung, deren Abwicklung Ministerpräsident Plevens mit beifälliger Sorge entgegenblickt, denn seine Bemühungen, während der nun zu Ende gehenden „Atempause“ die Mittelparteien des Pariser Parlaments zu einer Art „Arbeitsgruppe“ zusammenzufassen, müssen als gescheitert angesehen werden.

Erst vor vierzehn Monaten wurde die jetzige Nationalversammlung gewählt. Wenn man aus ihrer Zusammensetzung und bisherigen Arbeit auf die politische Situation Frankreichs schließen will, dann ergibt sich die Feststellung, daß die innere Zersplitterung dieses Landes die ganze Fragwürdigkeit eines parlamentarischen Systems enthüllt, das zu koalitionsfähigen Parteibildungen einfach nicht mehr in der Lage zu sein scheint. Acht der markantesten Figuren der Französischen Republik bemühten sich nach dem unseligen Wahlausgang des 17. Juni vergebens, aus der Mitte dieses neuen Parlaments ein Partiekonglomerat zu bilden, das genügend stark gewesen wäre, um gegen die scharfe Opposition von Rechts und Links konstruktive Arbeit leisten zu können.

Als Notlösung aus diesem Dilemma der doktrinären Kompromißlosigkeit brachte Plevens nur eine Minderheitsregierung zustande, die zu wechselvollem Lavieren zwischen Sozialisten und Gemäßigten Unabhängigen gezwungen war, um sich einmal hier, einmal dort ein kleines Zugeständnis zur Verlängerung ihres Daseins zu erkämpfen. Im Grunde aber erreichte sie dadurch natürlich nichts; daß Plevens heute noch Regierungschef ist, verdankt er lediglich dem Umstand, daß es ihm mit allerdings bewundernswerter Routine gelang, alle wesentlichen Entscheidungen zu vertagen. Aber ein solches Verfahren läßt sich nicht auf die Dauer praktizieren. Im Gegenteil: Frankreichs wirtschaftliche und soziale Nöte drängen mit geradezu explosiver Vehemenz einer Lösung entgegen, die so oder so erfolgen muß.

Bis Ende dieses Jahres soll Frankreich zehn Divisionen unter Waffen haben, von denen bis heute noch nicht einmal die Hälfte steht; es fehlt angeblich an Ausrüstung, Unterkünften und Verpflegung, die zu finanzieren der französische Staat nicht in der Lage sein will. Seit vielen Jahren streitet man sich in Paris um eine Verwaltungsreform, deren Notwendigkeit von allen Parteien anerkannt wird, ohne daß sie sich bisher auf praktische Maßnahmen hätten einigen können. Das gleiche gilt für die Steuerreform, deren Vertagung die Regierung Plevens in eine äußerst prekäre Lage versetzte: nach dem Entrüstungssturm, den die Erhöhung des Benzinpreises zur Folge hatte, mußte das Kabinett auf die von ihm geplante Heraufsetzung der Postgebühren und des Tabakpreises verzichten. Andere Einnahmequellen des Fiskus, die seit Jahren in der Nationalversammlung umstritten werden, blieben unerschlossen. Infolgedessen sieht sich der Finanzminister einem wachsenden Defizit gegenüber, zu dessen Abdeckung er praktisch außerstande ist.

Die Eisenbahnen brauchen Zuschüsse, die verstaatlichten Betriebe arbeiten mit Verlusten, die nicht mehr leistungsfähigen Sozialversicherungen, die laufenden Lohnforderungen der Gewerkschaften, der Streit um die Subventionierung der Schulen — alle diese Probleme und Schwierigkeiten stellen Plevens nicht minder folgenreicher wie die oben erwähnten Komplexe vor eine Situation, die ausweglos erscheint. Denn was vor ihm fünfzehn Mehrheitsregierungen nicht fertigbrachten, gelang selbstverständlich seiner Minderheitsregierung erst recht nicht. Politische Beobachter sind daher der Meinung, daß die Tage des Kabinetts Plevens gezählt seien.

Dennoch hat sich Plevens zum Entwurf eines Programms aufgerafft, mit dem er vor die Nationalversammlung treten will. Der Haushaltsplan soll zwar erst bis Ende November abgeschlossen werden, aber die Voraussetzung seiner Ausarbeitung sind eine Reihe von Finanzgesetzen, um die immer stärker in Erscheinung tretenden inflationistischen Tendenzen abzufangen. Zu diesem Zweck will Plevens die Bestimmungen der Kollektivverträge in der Wirtschaft revidieren und durch geeignete Maßnahmen die Kaufkraft erhöhen, was ihm zweckmäßiger erscheint als die von den Sozialisten geforderte „gleitende Lohnskala“.

Gerade damit aber wird er die Opposition dieser Partei gegenüber seiner Regierung nur noch versteifen, obwohl Plevens auf seiner letzten Kabinettsitzung die Hoffnung aussprach, die Unterstützung seines Programms durch die Sozialisten zu erlangen. Edouard

Herriot, Präsident der Nationalversammlung und Vorsitzender der Radikalsocialisten, verfolgt jedoch eine andere Taktik. Er will einer Rechtmehrheit mit Einschluß der Gaullisten den Weg bereiten, wobei unzweifelhaft die Erwartung im Hintergrund steht, die Gaullisten würden durch überspitzte Forderungen eine solche Koalition rasch zum Scheitern bringen, worauf man notgedrungen auf die alten Parteien, einschließlich der Sozialisten, zurückgreifen müßte.

Indes Pieven sich überlegt, wie er aus diesem labyrinthischen Irrgarten einen Ausweg finden könnte, bietet sich ihm allerdings eine Chance, die er sicher wahrnehmen wird. Am selben 6. November, an dem er die neue Sitzungsperiode der französischen Nationalversammlung eröffnen muß, beginnt in Paris auch die Vollversammlung der Vereinten Nationen, auf deren Tagesordnung eine Fülle von Anträgen und Entscheidungen steht. Ausgerechnet in einer Zeit also, in der Frankreich als Gastgeberin der UN repräsentativ auftreten soll, da es Gelegenheit hat, im Kreis von 60 Nationen ein gewichtiges Wort zu reden, dürfte der Welt nicht die Tragödie eines ohnmächtigen, regierungslosen und zerfallenen Frankreich vorgespielt werden. Ein solches Argument könnte vielleicht die obstruktiven Tendenzen der Sozialisten und Unabhängigen zur Mäßigung bewegen und Pieven vor einem sofortigen Sturz retten. PK

Harriman bei Churchill

Weitere Minister ernannt — König Georg erholt sich

London (UP). Averell Harriman begibt sich sofort nach seiner Ankunft in London nach der Downing Street, wo er mit Premierminister Churchill, Außenminister Eden und Schatzkanzler Butler zusammentraf. Hauptthema der Unterredung war die amerikanische Wirtschaft- und Militärhilfe für Großbritannien. Es verläutet jedoch, daß auch der Fall Iran, die Lage in Ägypten und ein baldiges Zusammentreffen zwischen Premierminister Churchill und Präsident Truman erörtert wurden. Harriman, der inzwischen nach Paris zurückgefliegen ist, äußerte sich sehr befriedigt über das Ergebnis seiner Besprechungen.

Das britische Kabinett beriet den Entwurf der Regierungserklärung, die zur Eröffnung des Parlaments am nächsten Dienstag gehalten werden soll. Als erste größere Maßnahme auf innenpolitischem Gebiet will die neue britische Regierung, wie aus London verläutet, die verstaatlichte Eisen- und Stahlindustrie wieder in Privatbesitz überführen. Außenminister Eden empfing die diplomatischen Vertreter Frankreichs, Griechenlands, Pakistans und Indiens am Dienstag mit Eden zusammen. In einer ersten öffentlichen Erklärung stellte der neue britische Innenminister Sir David Maxwell-Fyfe fest, für die zivile Verteidigung Großbritanniens müßten sich noch sehr viel mehr Freiwillige melden.

Churchill gab inzwischen weitere Ernennungen zur Vervollständigung seines Kabinetts bekannt: Erziehungsminister wurde Miss Florence Horsbrugh, Kolonialminister A. L. Lennoy-Boyd und Staatsminister für Schottland der Earl of Home.

Die Gesundheit König George von England ist soweit wieder hergestellt, daß er in der Lage ist, das neue Kabinett Churchills persönlich zu empfangen und Dokumente zu unterzeichnen. Es wird angenommen, daß er für den letzten Teil seiner Rekonvaleszenz einen Platz außerhalb Großbritanniens aufsuchen wird. In diesem Zusammenhang wurde Malta erwähnt. Der König empfing am Freitag Außenminister Anthony Eden, der sich am Sonntag zur Eröffnung der UN-Vollversammlung nach Paris begibt.

DGB will neue Vorschläge machen

Neue Zurückweisung der Angriffe Dr. Dehlers Düsseldorf (UP). Da die Verhandlungen mit der Bundesregierung über die vom Deutschen Gewerkschaftsbund aufgestellten Forderungen bisher nahezu ergebnislos geblieben seien, werde der Bundesvorstand des DGB eine Reihe von endgültig zu treffenden Maßnahmen vorschlagen. Dies gab die Pressestelle des DGB im Anschluß an eine Sitzung des Bundesvorstandes in Düsseldorf bekannt. Die Regierung habe die in den Vorschlägen der Gewerkschaften als vordringlich bezeichneten Maßnahmen wie Investitionen, Rohstofflenkung, Preisüberwachung und Regelung der Mitbestimmung bisher nicht verwirklicht. Hierauf sei es nach Ansicht des DGB-Bundesvorstandes auch zurückzuführen, daß neben erheblichen Preistestierungen die Kohlenversorgung insbesondere der Haushalte völlig unzureichend sei. Der Bundesvorstand habe ferner die Angriffe des Bundesjustizministers Dr. Dehler auf das Energielächte zurückgewiesen. Er erwarte, daß die Bundesregierung die unsachlichen Vorwürfe des Bundesjustizministers als „nicht im sachlichen Interesse der Allgemeinheit wert“.

Klapproth schwer belastet

Frankfurt (UP). Im Prozeß gegen den ehemaligen Frankfurter Polizeipräsidenten Klapproth, der sich wegen angeblichen Meinleids und Verleitung zum Meineid zu verantworten hat, versagten die Entlastungszeugen des Angeklagten. Die Polizeiangestellte Wies, die lange Zeit in der Asservatenkammer des Frankfurter Polizeipräsidenten tätig war, erklärte, daß sie im Auftrag des ehemaligen Asservatenverwalters Adam Groh in den Jahren 1945 bis 1949 fast täglich ein oder zwei Päckchen Zigaretten zu Klapproth bringen mußte. Einmal habe Groh erklärt, wenn der Präsident seine Zigarettenforderungen nicht einschränke, dann müsse er, Groh, stehlen gehen.

Grotewohl lehnt Bonner Wahlvorschlag ab

Eigener Ostzonen-Entwurf angekündigt — Kaiser: Zuerst Einigung der Besatzungsmächte

Berlin (UP). Der Ministerpräsident der Ostzonen-Regierung, Otto Grotewohl, lehnte in einer Erklärung vor der Volkskammer der Ostzone die von der Bundesregierung vorgeschlagene Wahlordnung für eine Nationalversammlung mit der Begründung ab, sie sei ein „Gesetz der Besatzungsmächte“.

Grotewohl sagte, die Klausel, daß dieses Gesetz über die Westalliierten der Ostzonen-Regierung zugeleitet werden solle, mache seine Annahme in dieser Form unmöglich. Die Volkskammer billigte die ablehnende Antwort Grotewohls und wies die westdeutsche Wahlordnung als „Versuch Adenauers, die Regelung des Wahlgesetzes den Alliierten zu überlassen“, zurück. Die Formulierung des westdeutschen Entwurfes sowie die „Forderung nach einer bedingungslosen Kontrolle der Wahl durch die UN“ werde als Ausweichen vor der Verantwortlichkeit betrachtet. Das von der Ostzonenkommission auszuarbeitende Wahlgesetz soll nach Auffassung der Volkskammer als Grundlage gesamtdeutscher Beratungen dienen.

Grotewohl gab bekannt, daß die Ostzonen-Regierung ihrerseits eine Kommission bilden werde, um eine Wahlordnung für eine deutsche Nationalversammlung zu formulieren. Gleichzeitig verkündete Grotewohl erneut die Bereitschaft der Ostzone zu gesamtdeutschen Gesprächen, die er als eine Voraussetzung für das Zustandekommen wirklich freier Vereinbarungen über die Wiederherstellung der deutschen Einheit bezeichnete.

Dagegen bezeichnete Grotewohl die 14 Punkte der Bundesregierung für die Wiederherstellung der deutschen Einheit erneut als unannehmbar. Er betonte jedoch, daß auch über die 14 Punkte nur in gesamtdeutschen Beratungen verhandelt werden könne und versicherte die Bereitschaft der Ostzone zu diesen Gesprächen. Auch die Frage der internationalen Kontrolle gesamtdeutscher Wahlen könne auf gemeinsamen Beratungen erörtert werden.

Grotewohl meinte, eine Untersuchung der politischen Verhältnisse in der Ostzone werde gesamtdeutsche Wahlen höchstens weiterhin hinausschieben. Es sei ohnehin zu erwarten, daß eine „amerikahörige UN-Kommission“ die Demokratie in der Ostzone bemängeln werde. In seiner Rede beschuldigte Grotewohl den Bundeskanzler und die Westmächte, die Einheit Deutschlands zu hintertreiben.

Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, sagte zu der Erklärung Grotewohls: „Wir sind wirklich daran interessiert zu erfahren, was Herr Grotewohl und seine Volkskammer unter freien Wahlen verstehen. Grotewohl weiß trotz seines nationalen Getues so gut wie wir, daß ohne Einigung der Besatzungsmächte freie Wahlen in Gesamtdeutschland nicht möglich sind.“

Inzwischen haben sowohl die FDP als auch die SPD Bedenken gegen den nach Ansicht

beider Parteien zu föderalistischen Charakter der vom Bundeskabinett verabschiedeten Wahlordnung angemeldet. Die FDP meint in ihrem Pressedienst, nach dem Regierungsentwurf würden die souveränen Machtbefugnisse des Parlaments dadurch eingeschränkt, daß sowohl das Beschließen einer Verfassung wie das Ergreifen von Maßnahmen an die Zustimmung eines Länderausschusses gebunden sei und auf eine regierungsbildende Aufgabe der Nationalversammlung überhaupt verzichtet würde. In einer Entscheidung des Vorstandes heißt es, wenn die zu bildende Nationalversammlung von vornherein in ihren Vollmachten beschränkt werde, wie es jetzt im Regierungsentwurf geschehe, werde dem Machtapparat der Ostzone die Chance gegeben, im Mantel des Föderalismus auch nach freien Wahlen störend zu wirken. Die Nationalversammlung müsse verfassungsgebend, gesetzgebend, regierungsbildend und kontrollierend sein, um die Schwierigkeit der Übergangszeit meistern zu können.

Möglicherweise „eine Art Luftbrücke“

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Professor Reuter, sprach nach einer Konferenz mit den stellvertretenden Hochkommissaren in Mehlen die Hoffnung aus, daß Bundesregierung und Hochkommission in Kürze eine Entscheidung in der Frage des Interzonenhandels treffen werden. Von informierter Seite wurde mitgeteilt, daß die Bundesregierung gewillt sei, den Warenverkehr Westberlin-Bund unter allen Umständen zu bewähigen und möglicherweise sogar bereit sei, die bereits seit einiger Zeit verstärkten Lufttransporte zwischen Berlin und dem Bundesgebiet zu einer Art Luftbrücke auszubauen. Die Bundesregierung sei entschlossen, eine „harte Sprache“ zu reden.

Der Ministerrat der Ostzonenrepublik behauptet in einer offiziellen Erklärung, Westdeutschland habe den Interzonen-Handelsvertrag und sämtliche Nebenabkommen durch eine Erklärung der Berliner Bundesvertreter außer Kraft gesetzt. Gleichzeitig wurde behauptet, der Verkehr zwischen Berlin und Westdeutschland unterliege ausschließlich der Kontrolle der Besatzungsmächte. Von der Ostzone seien die im Interzonenhandelsabkommen enthaltenen Bestimmungen erfüllt worden. Auch die Herabsetzung der Autobahn-Gebühren sei verwirklicht worden. Westdeutschland wird in der Erklärung beschuldigt, allein für die neu geschaffene Lage im Interzonenhandel verantwortlich zu sein. Es sei offensichtlich, daß die westdeutsche Interzonenhandelsstelle in Berlin im amerikanischen Auftrag handle, um den Willen des deutschen Volkes zur Einheit zu lähmen.

Ein Sprecher der Berliner Abteilung der US-Hochkommission kündigte für Montag Verhandlungen zwischen amerikanischen und sowjetischen Sachverständigen zur Klärung der Rechtslage von Steinbrücken an.

Acheson besprach Nahost-Situation

Frankreich wünscht Marokkofrage nicht auf UN-Tagesordnung

Paris (UP). Dean Acheson und Robert Schuman hatten am Freitag im Pariser Außenministerium eine halbtägige Unterredung. Obwohl offiziell nur von einem „Höflichkeitsbesuch“ gesprochen wurde, wissen zuverlässige Kreise zu berichten, daß sich das Gespräch sofort auf die gegenwärtige Nahost-Situation konzentriert habe. Schuman soll in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen haben, daß die USA keine „strikte Neutralitätspolitik“ in der arabischen Welt verfolgen könnten, ohne nicht die Front der Alliierten in Westeuropa zu gefährden. Wie in Paris bekannt wurde, ist Schuman besonders deswegen in Sorge, weil er befürchtet, daß die Marokkofrage auf der UN-Versammlung doch zur Sprache kommen könnte, obwohl Frankreich den Standpunkt vertritt, daß es sich um eine innenpolitische Frage der französischen Union handle, für die die Vereinten Nationen nicht zuständig seien.

Acheson und Schuman werden am Samstag voraussichtlich wieder zusammentreffen. Für Montag ist eine Konferenz der drei Außenminister der westlichen Großmächte vorgesehen.

In Kreisen der Delegationen der lateinamerikanischen und arabischen Staaten wurde demgegenüber mehr oder weniger direkt zugegeben, daß diese beiden Staatenstruppen sich auf folgender Grundlage einig hätten. Die lateinamerikanischen Delegierten würden die Forderungen der arabischen Staaten auf Unabhängigkeit unterstützen, während die arabischen Staaten sich verpflichten, einen Kandidaten der lateinamerikanischen Staaten zum Präsidenten der UN-Vollversammlung zu wählen. In britischen und französischen Kreisen hofft man, daß es den USA gelingen werde, die lateinamerikanischen Delegierten umzustimmen.

Senegalesen blockieren Casablanca

600 Personen verhaftet — Spannung in Marokko

Casablanca (UP). Schwer bewaffnete französische Senegai-Truppen riegelten das Eingeborenenviertel von Casablanca ab nachdem es dort bei Zusammenstößen in den letzten Tagen sechs Tote und 40 Verletzte gegeben hatte. Die Polizei hat 600 Personen verhaftet. Auch das Eingeborenenviertel von Rabat wird von starken Polizei- und Truppenkontingenten scharf bewacht.

Die Unruhen ereigneten sich bei dem Versuch marokkanischer Nationalisten, die Bevölkerung am Betreten der Wahllokale zu hindern. Sie gehörten der extremen Istiqlal-Partei an, welche die Wahlen für die marokkanische Beratende Versammlung boykottierte, weil ihre Forderungen zur Änderung des Wahlmodus nicht berücksichtigt wurden. In Casablanca gelang es ihnen, 90 Prozent der Bevölkerung vom Wahltag abzuhalten. In anderen Teilen des Landes enthielten sich rund 35 Prozent der Bevölkerung der Stimme. Die französische Regierung ist überzeugt, daß alle Zwischenfälle mit Vorbedacht von den Nationalisten provoziert wurden, um bei den Vereinten Nationen den Eindruck zu erwecken, Marokko lebe unter französischem Terror.

Die internationale Polizei von Tanger wies den Führer der tunesischen Nationalisten-Partei, Habib Bourguiba, aus dem Lande. Bourguiba wurde von bewaffneten Polizisten aus dem Bett seines Hotelzimmers geholt und, nachdem ihm eine kurze Frist zum Ankleiden gegeben wurde, sofort zum Flughafen geschafft, wo er ein Flugzeug nach Madrid be-

stieg. Bourguiba war erst am Vorabend aus der spanischen Hauptstadt eingetroffen.

Beratungen über Tunesien

Zwischen der französischen Regierung und tunesischen Nationalistenführern werden nach einer Mitteilung von maßgebender Seite in den nächsten Tagen offizielle Beratungen über die Lage in Tunesien aufgenommen. Sidi Mohammed Tchenik, der Ministerpräsident des unter französischem Protektorat stehenden nordafrikanischen Königreiches, will bereits seit mehreren Tagen in Paris. Andere Mitglieder des tunesischen Kabinetts werden Anfang kommender Woche in Paris erwartet. Der Teilnahme von Salah Ben Youssef, des Generalsekretärs der starken Unabhängigkeitspartei, wird keine besondere Bedeutung beigemessen. Die Lage in Tunesien ist ungeklärt, obwohl es in diesem Gebiet bisher zu keinerlei frankreichfeindlichen Ausschreitungen gekommen ist. Die tunesischen Nationalisten fordern jedoch die Abschaffung des „Großrates“, einer gemeinsamen französisch-tunesischen Körperschaft, und die Bildung einer tunesischen Nationalversammlung. In Tunesien leben etwa 150.000 Franzosen, die jede Konzession an die Eingeborenen scharf ablehnen. Fünf der elf tunesischen Ministerposten sind an Franzosen vergeben.

Mossadeg soll zurückgerufen werden

Britisches Kabinett behandelt Dfrage Teheran (UP). Bei einer Sitzung des iranischen Unterhauses kam es wiederholt zu

Tumulten, so daß schließlich eine Unterbrechung notwendig wurde. Das Unterhaus war zusammengetreten, um den Beschluß des Schahs zur Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland und Japan zu ratifizieren. Der Führer der Opposition beschuldigte die Regierung, nichts gegen die kommunistische Bedrohung zu unternehmen. Ministerpräsident Mossadeg, so sagte er, wolle in aller Ruhe in Washington, während Iran politisch und wirtschaftlich zusammenbräche. Der Oppositionsführer forderte den amtierenden Ministerpräsidenten auf, Mossadeg sofort nach Iran zurückzurufen.

Außenminister Eden ließ sich von dem zur Berichterstattung herbeigerufenen Botschafter in Teheran, Sir Francis Shepherd, über die Lage im Oldisput informieren. Der Botschafter in Washington, Sir Oliver Franks, schickte einen schriftlichen Bericht über den Stand der Überbesprechungen aus Washington ein. Das britische Kabinett beriet über die gleiche Angelegenheit.

Antibritische Demonstration in Iran

Teheran (UP). Zehntausende von Kommunisten versammelten sich zu einer prägnanten Demonstration in der iranischen Hauptstadt. Die erregte Menge schrie: „Tod den Engländern und Amerikanern“. Die Versammlung beschuldigte das Ministerpräsident Mossadeg, mit den Westmächten unter einer Decke zu stecken. Die kommunistischen Sprecher verlangten den Tod Mossadegs und die sofortige Änderung der nationalen Haltung gegenüber der Sowjetunion.

Mao erneuert seinen Pakt-Vorschlag

Mörder des französischen Kommissars in Sicherheit — Viet Minh weichen zurück

Hongkong (UP). Rotchina hat erneut die Forderung auf Abschluß des von der Sowjetunion vorgeschlagenen „Fünf-Mächte-Friedenspaktes“ unterbreitet. Nach einem Bericht des Senders Peking hat die „politische Konsultativ-Konferenz“ unter dem Vorsitz von Mao Tse Tung in Peking eine entsprechende Resolution angenommen.

Denselben Vorschlag unterbreitete zur selben Zeit der sowjetische Schriftsteller Ilya Ehrenburg auf dem kommunistischen Weltfriedenskongreß in Wien.

Der Rundfunk der Viet-Minh-Aufständischen in Indochina gab bekannt, daß sich der Mörder Jean de Raymond des französischen Hochkommissars für Kambodscha in Sicherheit befindet. Der Mörder wurde von dem Sender als der Held gepriesen, der de Raymond liquidierte.

Muoi Khai, der als Führer von indonesischen Aufständischen Beherrscher eines im Norden von Saigon liegenden Truppenkommandos ergebn. Vietnamesische Sicherheitspolizei hatte erst vor einigen Tagen das geheime Hauptquartier Muoi Khais entdeckt und dort große Mengen Waffen, Propagandamaterial und Akten beschlagnahmt.

Drei Bataillone der Viet-Minh-Aufständischen sind nach einem offiziellen Kommuniqué vor den franco-vietnamesischen Truppen zurückgegangen. Sie hinterließen 39 Tote.

UN schossen 100. Döseljäger ab

Seoul (UP). Jagdflugzeuge der UN haben in einer großen Luftschlacht über Nordkorea den 100. kommunistischen Jäger vom Typ Mig-15 abgeschossen. Von der Erdfront wird nur geringe Kampfaktivität gemeldet. In Pan Mun Jon ist immer noch keine Annäherung der verschiedenen Vorschläge über die Waffenstillstandslinie erfolgt.

Chinesen in Lhasa eingerückt

Hongkong (UP). Radio Peking gab bekannt, daß starke chinesische Truppenverbände in Lhasa, der Hauptstadt Tibets, eingerückt seien. Die Einrichtung einer chinesischen Division in Lhasa ist im tibetantisch-chinesischen Vertrag vorgesehen, der kürzlich ratifiziert wurde.

Die ersten Atom-Manöver der Geschichte

Rätselraten um Eisenhower — Bankett zu Ehren Prinzessin Elisabeths

Las Vegas (UP). Im Atomerprobungsgebiet „Frenchman's Flat“ in der Wüste von Nevada fand die vierte Atom-Explosion der gegenwärtigen Versuchsserie statt. An diesem Atomversuch haben zum ersten Mal taktische Bodentruppen teilgenommen. Die amerikanische Armee erklärte eine Stunde nach der Explosion, die ersten Atom-Manöver seien sehr erfolgreich verlaufen. Verluste habe es nicht gegeben. Zahlreiche Kongreßmitglieder und hohe Militärs beobachteten die Manöver.

Dr. James Conant, der Rektor der Harvard Universität, erklärte, falls in zukünftigen Schlachten die amerikanischen Soldaten zahlenmäßig unterlegen seien, könnte durch Einsatz der neuen Atomwaffen ein Ausgleich erzielt werden. Dr. Conant sagte: „Das bedeutet, daß wir nicht jeder russischen Division eine eigene Division gegenüberstellen müssen.“

Rechtsanwalt A. Tilton gab in Milwaukee bekannt, General Eisenhower habe wissen lassen, daß er sich von allen Organisationen distanzieren, die in letzter Zeit gebildet wurden mit dem Ziel, ihn als kommenden Präsidentschaftskandidaten zu unterstützen. Eisenhower lehne es ab, irgendwelche politische Gruppen oder Organisationen zu ernennen, in seinem Namen irgendwelche Aktionen durchzuführen. Der General erklärte in seinem Hauptquartier in der Nähe von Paris, er strebe nicht danach, Präsident zu werden.

Präsident Truman veranstaltete im Blair House zu Ehren der britischen Thronfolgerin, Prinzessin Elisabeth, und ihres Gatten, des Herzogs von Edinburgh, ein Staatsbankett. Der Präsident und die Prinzessin tauchten Trinksprüche aus. Auch auf die Gesundheit des englischen Königs wurde angestoßen. Ein Teilnehmer am Bankett sagte, die Prinzessin und der Herzog seien „very charming“ gewesen.

Umschau in Karlsruhe

Karlsruhe. Dieser Tage wurde in der Stephanienstraße von den Ärzten Dr. Schmitt und Dr. Knauer eine neue, modern eingerichtete Frauenklinik eröffnet. (ZSH)

Der Badische Kunstverein Karlsruhe

Waldstraße 3, zeigt in der Zeit vom 4. bis 25. November eine Ausstellung der Künstlergruppe „Der Kreis“ sowie französische Plakate. Ausstellungseröffnung: Samstag, 3. November, nachmittags 16 Uhr. Die Ausstellung ist täglich geöffnet von 10 bis 17 Uhr, sonntags von 11 bis 13 Uhr, montags geschlossen.

Der Kreisverband der sudetendeutschen Landsmannschaft

demonstriert unter dem Gebot „Vernächtnis der Heimat“ am Sonntag, 4. November, um 16 Uhr im Bonifatiusaal, Karlsruhe, Schillerstraße, die hohe Kulturleistung unserer Väter im Spiegel der Dichtung und Musik. Der zweite Teil gibt eine Wanderung durch die Gauen unserer Heimat in Chorlied und Volkstanz und in launigen Worten ein Bild unserer Stämme. Vor allem aber soll unser Zusammengehörigkeitsgefühl hier deutlich unter Beweis gestellt werden. Daher ruft die sudetendeutsche Landsmannschaft alle zur Beteiligung an der großangelegten Veranstaltung.

Aus der badischen Heimat

Polizei verbietet KPD-Kundgebung

Heidelberg (Iwb). Eine geplante Veranstaltung des kommunistischen „Kreisausschusses Heidelberg für die Volksbefragung“ wurde von der Polizei verboten. Der Kreisausschuß hatte im gesamten Stadtgebiet von Heidelberg auf Plakaten zum Besuch einer Kundgebung „gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag im Jahre 1951“ aufgefodert. Pastor Oberhof (Bremen) und Dipl.-Volkswirt Friedrich Neuenhaus sollten zu dem Thema „Freie und geheime Wahlen in ganz Deutschland“ sprechen.

Neues Scheffel-Denkmal für Heidelberg

Heidelberg (Iwb). Bei dem von der Unterrichtsverwaltung des Landesbezirkspräsidenten Nordbaden ausgeschriebenen Wettbewerb für ein Scheffel-Denkmal auf der Heidelberger Schloßstraße konnte der Karlsruher Bildhauer Emil Sutor den 1. und 2. Preis von je 600 DM erringen. Der 3. Preis wurde dem Pforzheimer Bildhauer Loos, zwei Trostpreise den Karlsruher Bildhauern Lipp und August Meyerhuber zugesprochen. Das neue Denkmal soll an der gleichen Stelle stehen, an der früher eine Bronzefigur stand, die Scheffel als Wanderer zeigte.

Der Todessturz von der Regenrinne

Mannheim (Iwb). Nach einer ehelichen Auseinandersetzung hatte ein Mann seine junge Ehefrau in der Wohnung eingeschlossen und sich entfernt. Die eingeschlossene wollte nun das Haus ebenfalls verlassen und ließ sich zu diesem Zweck leichtsinnigerweise an der Regenrinne aus dem oberen Stockwerk hinunter. Hierbei rutschte sie ab und stürzte auf die Straße. Infolge Bruchs der Wirbelsäule trat der Tod auf der Stelle ein.

Bretten. In einem Mietraum einer Kleiderfabrik kam es durch ein Bügeleisen zu einem Zimmerbrand, der einen Schaden von 1000 DM verursachte. (ZSH)

Wiesloch. In der evangelischen Stadtkirche fand das Landesfest der Inneren Mission statt. Kirchenrat Steinmann, Pfarrer Luis, Oberlehrer Häbler, Anstaltsarzt Schulz und Landeswohlfahrtspfleger Ziegler sprachen zu aktuellen Themen der Inneren Mission. (ZSH)

Von der Kreissäge zerschritten

Bruchsal (Iwb). Auf grauenvolle Art kam ein vor einigen Jahren aus Ungarn ausgewiesener Handwerker, ein Vater von fünf Kindern, in Unbald ums Leben. Der Unglückliche wurde auf einer rotierenden Kreissäge tot und zerschritten aufgefunden.

Ein 76jähriger Trunkenbold

Pforzheim (Iwb). Die verderblichen Wirkungen des Alkohols wurden wieder einmal bei einem Vorfalle demonstriert, der sich dieser Tage in Pforzheim abspielte. Im Zustande schwerer Betrunkenheit drang ein 76jähriger mit einem Messer auf seine Tochter und die Enkelkinder ein. Die Frau mußte sich mit ihren beiden Kindern mit einem ge-

wagten Zuhung durchs Fenster retten. Erst einigen Nachbarn gelang es, den vor Trunkenheit Rasenden zu bändigen.

Wieder über 10 000 Beschäftigte

Ansprache des Landesbezirkspräsidenten Pforzheim (Iwb). Die ständige Musterausstellung der Pforzheimer Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie wurde durch den Präsidenten des Landesbezirks Baden, Dr. Unser, eröffnet. Der Redner wies auf die einzigartige Aufbauleistung der Pforzheimer Industrie hin. Heute seien wieder 600 Betriebe mit über 10 000 Beschäftigten für die Schmuckwarenindustrie in Pforzheim tätig. Die für den südwestdeutschen Raum bedeutende Exportleistung habe sieben Neuntel ihres Umfangs vor dem Kriege erreicht, nämlich 70 Millionen DM gegen 90 Millionen RM im Jahre 1939.

Die Züge reichen nicht aus

Pforzheim (Iwb). Der Ortsverband des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes forderte in einem Schreiben an die Eisenbahndirektion Stuttgart eine stärkere Berücksichtigung des Berufsverkehrs. Die Zahl der Augenblicke zwischen Pforzheim und Karlsruhe, Mühlacker und Wildbad eingesetzten Züge hat sich als völlig unzureichend erwiesen. Täglich erreichen und verlassen mit der Eisenbahn jeweils rund 10 000 Personen auf dem Wege zu ihrer Arbeitsstätte die Goldstadt.

„Provisionsminister“ Dr. Schumacher

Baden-Baden (Ild). Die Veranstalter des Berufswettkamps der Deutschen Angestellten-Gewerkschaften Baden-Baden wußten nicht, ob sie lachen oder weinen sollten. Auf die Frage, welche Stellung Dr. Kurt Schumacher in der Bundesrepublik einnehmen würden sie von einem 15jährigen Mädchen Schumacher sei „Provisionsminister“; eine andere Teilnehmerin ernannte den deutschen Oppositionsführer zum französischen Außenminister, und die Klügste machte ihn zum „Führer der Demokratie“. Dafür dürfte sich Adenauer bedanken.

Mit Schi-Stras-Busse zum Schwarzwald

Baden-Baden (Ild). Wie ein Beamter der Karlsruher Eisenbahndirektion erklärte, wird die Eisenbahndirektion Karlsruhe 24 „Schi-Stras-Busse“ bestellen. Man rechnet, daß man vorerst zwölf Schienen-Strassen-Omnibusse zugeteilt bekommt, die im Sommerfahrplan 1952 vor allem auf der Strecke Karlsruhe-Baden-Baden eingesetzt werden sollen.

Weiterer Soldatenfriedhof fertiggestellt

Rastatt (SWK). Nach mehrmonatiger Bauzeit hat der Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge den Soldatenfriedhof Rastatt fertiggestellt, auf dem 146 Gefallene aus dem letzten Weltkrieg ihre ewige Ruhestätte gefunden haben. Die feierliche Einweihung fand am 1. November statt.

Ursache des Zugunglücks eindeutig ermittelt

Freiburg (Iwb/Ide). Als Ursache des Zugunglücks im Hölental, bei dem eine Güterzuglokomotive mit einem Personenzug zusammengestoßen war, ist von der Staatsanwaltschaft Freiburg eindeutig festgestellt worden, daß der Führer der Güterzuglokomotive das Haltesignal am Bahnhof Hinterzarten überfahren hat. Wie es dazu kam, konnte noch nicht ermittelt werden, da der bei dem Unfall schwerverletzte Lokomotivführer noch immer vernehmungsunfähig im Neustädter Krankenhaus liegt. Bei der Beschädigten elektrischen Maschine des Personenzuges handelt es sich um die neueste auf der Hölentalstrecke verwendete Konstruktion, die erst in diesem Jahr in Betrieb genommen worden war.

9514 Grenzgänger in Baden

Günstige Lage des Arbeitsmarktes
Freiburg (Iwb/Ide). 9514 Grenzgänger aus Baden finden zur Zeit in der Schweiz und im Elsaß Arbeit, teilte der badische Wirtschaftsminister Dr. Lais in einer Sitzung des badischen Landwirtschaftsrates mit. Davon gehen allein 8821 Grenzgänger in die Schweiz. Die Arbeitsmöglichkeiten, die Baden seiner Grenzlage verdanke, seien zwar nicht krisenfest, aber sie entlasteten den Arbeitsmarkt doch erheblich. Dr. Lais wies anschließend auf die steigende Zahl der Arbeitsplätze in Baden hin. Die Zunahme habe von Juli 1950 bis September 1951 rund 13,9 Prozent betragen. Baden stehe damit an der Spitze der süddeutschen Länder. Die Zunahme Württemberg-Badens betrage im gleichen Zeitraum 8,1 Prozent. Nur in der Tabakindustrie, die sich trotz saisonmäßiger Erholung in einer schlechten Krise befinde, sei die Zahl der Beschäftigten in den letzten zwölf Monaten um 4,9 Prozent zurückgegangen.

Rettung vor dem Hungertod

Freiburg (Iwb). Die Caritas-Kriegsgefangenenhilfe hat in den letzten zwei Jahren 2714 Lebensmittel- und 54 Medizin-Pakete an die Kriegsgefangenen in Jugoslawien geschickt. Wie aus Antwortbriefen hervorgeht,

haben diese Pakete in vielen Fällen die Rettung vor dem Hungertod bedeutet.

Mahn schreiben für Prinz von Liechtenstein

Lörrach (Ide). Die Staatsanwaltschaft Lörrach hat dem durch seine Schmuggelaffäre bekannt gewordenen Prinzen Hans von Liechtenstein ein Mahnschreiben zugeleitet, das den „Übrenprinzen“ an die Bezahlung der gegen ihn ausgesprochenen Wertersatzstrafe von 530 000 DM erinnern soll. Der Prinz, ein Vetter des regierenden Fürsten Franz Joseph von Liechtenstein, war Anfang des Jahres vom Schöffengericht Lörrach wegen illegaler Einfuhr von einigen 1000 Uhren in das Bundesgebiet zu einer hohen Geldstrafe verurteilt worden, die er durch eine ersatzweise ausgesprochene Haft abbüßte. Außerdem sollte er Wertersatz leisten und die Verhandlungskosten tragen. Prinz Hans hat in der Zwischenzeit zwar die Verhandlungskosten in Höhe von 10 000 DM überwiesen, entgegen seiner Zusage aber noch keine Anstalten gemacht, mit der Bezahlung der Wertersatzstrafe zu beginnen.

Jugendliche Kioskendreher verhaftet

Lörrach (Ide). Zwei jugendliche Einbrecher aus Lörrach im Alter von 17 und 20 Jahren, die einen Kiosk in der Schweizer Grenzgemeinde Riehen bei Basel erbrachen und ausgeraubt hatten, wurden durch die Kriminalpolizei verhaftet. Der ältere der beiden internierte bei der Festnahme einen vergeblichen Fluchtversuch. Das Diebesgut konnte zur teilweise sichergestellt werden. Es handelt sich in der Hauptsache um Zigaretten und Neskafee im Werte von rund 4500 Sfrs. Außerdem wurde im Verlauf der polizeilichen Untersuchung eine Kleinbildkamera sichergestellt, die vermutlich aus einem der Schaufenstereinbrüche in Lörrach herührt, die bis jetzt noch nicht aufgeklärt werden konnten.

Ein Jahr Landespolizeischule Waldshut

Waldshut (Hochrhein (Ide)). Ein Jahr ist verlossen, seit die badische Landespolizeischule von Radolfzell nach Waldshut verlegt wurde. Aus einem Bericht des Schulleiters geht hervor, daß die in demokratisch-freieistlichem Geiste geführte Ausbildungsstätte seit ihrer Verlegung an den Hochrhein in 7 Lehrgängen mehreren hundert Polizeibeamten und -anwärtern das fachliche Rüstzeug für ihren Dienst vermittelt hat. Daneben beherbergte die Schule als Zentralstelle des polizeilichen Ausbildungswezens in Baden verschiedene Sonderkurse und Fachtagungen. Die Zahl der Lehrgangsteilnehmer schwankte zwischen 60 und 120 Schülern.

Aus den Nachbarländern

Tübinger „Landtag“ einberufen

Abstimmung über die Notverordnung
Tübingen (UP). Der durch das Südweststaatsurteil des Bundesverfassungsgerichts für seit dem 18. Mai 1951 nicht mehr bestehend erklärte Landtag von Württemberg-Hohenzollern wird am Montag noch einmal zusammengetreten. Einziger Punkt der Tagesordnung ist die Verordnungs des Staatspräsidenten zur Durchführung einer Volksabstimmung über die Änderung der Verfassung.

Diese Notverordnung, die Staatspräsident Dr. Gebhard Müller auf Grund des Notstands-Artikels 50 der Landesverfassung erlassen hat, bedarf der Zustimmung des Landtags. Da das Bundesgesetz über die Verlängerung der Legislaturperiode des Landtags für nichtig erklärt worden ist, gilt als Rechtsgrundlage für die Einberufung des Landesparlamentes Artikel 31 der Verfassung von Württemberg-Hohenzollern, in dem es heißt, der Landtagspräsident müsse den Landtag einberufen, wenn der Staatspräsident das Recht des Artikels 50 ausübe. Wenn, wie mit Sicherheit zu erwarten ist, der Landtag die Notverordnung des Staatspräsidenten billigt, wird am 3. Dezember zusammen mit der Südweststaats-Abstimmung in Württemberg-Hohenzollern eine Volksabstimmung stattfinden, in welcher der Wähler mit „Ja“ oder „Nein“ entscheiden muß, ob die Verfassung durch Einfügung eines Artikels 125 a ergänzt wird, der folgenden Wortlaut haben würde: „Der Wahlzeitraum des ersten Landtags endet an dem Tage, an dem das Land mit den Ländern Baden und Württemberg-Baden vereinigt oder das alte Land Württemberg wieder hergestellt wird“. Das Gesetz kann nur rechtskräftig werden, wenn zwei Drittel aller Abstimmenden ihm zustimmen.

Gegen bayrische Annexionsgelüste

Eine Erklärung des Innenministers
Neustadt/Waldnaab (ZSH). Zu den jüngsten Bemühungen Bayerns um die Rückgewinnung des pfälzischen Gebietes erklärte der Innenminister von Rheinland-Pfalz, Dr. Zimmer, sein Land lege Wert auf eine gute Zusammenarbeit mit Bayern, betrachte jedoch die Forderung des bayerischen Landtags nach einer Volksabstimmung in der Rheinpfalz als einen sehr unfreundlichen Akt. Man müsse sich wundern, daß die Münchener Politiker in einer Zeit stärkster außen- und innenpolitischer Spannungen eine rasche Annexion der Rheinpfalz als vordringlichstes Problem betrachteten.

Vergiftungen durch Gasrohrbruch

Fellbach (Iwb). In der Siedlung „Im Hetzen“ wurde ein im Erdgeschoß wohnhaftes Ehepaar und dessen einjähriges Kind bewußtlos aufgefunden. Es lagen Vergiftungen durch Leuchtgas vor. Sämtliche Vergifteten konnten gerettet werden. Die Ermittlungen ergaben, daß ganz in der Nähe des Hausgrundes ein in aufgefälliges Gelände geigtes Gasrohr schadhaft geworden war und das Gas in die Parterre-Wohnung eindrang.

Die rabiate Kuh

Backnang (Iwb). Ein Frickenhofener Landwirt wurde von einer Kuh, die er nach Mittelbronn geführt hatte, als er sich auf dem Heimweg befand, zu Boden geworfen. Das Tier war plötzlich ganz rabig geworden. Mit gebrochenem Unterschenkel blieb er auf der Straße liegen, bis er schließlich aufgefunden wurde.

Freiburg beschuldigt Stuttgarter-Regierung

Die Stellungnahmen zur württ.-badischen Regierungserklärung

Karlsruhe (Iwb/Ide). Die badische Regierung nahm offiziell zu der Regierungserklärung der württemberg-badischen Regierung vom 30. Oktober im Stuttgarter Landtag Stellung. Sie bezeichnete es als ungewöhnlich, daß die Stuttgarter Regierung die feierliche Form einer Regierungserklärung benütze, um in „maßlosen und ungehörigen Formulierungen eine Propagandawelle in der Südweststaatsfrage in Gang zu bringen“. Das badische Volk bezweifle, ob diese Erklärung nach Form, Inhalt und Abgewogenheit so glücklich zu Papier gebracht worden sei, wie man es von verantwortlichen Staatsmännern im allgemeinen erwarten dürfe. Dem letzten Badener müßten die Augen aufgehen, was zu erwarten sei, wenn der Südweststaat zustande komme.

Der „formale Sieg“ bei der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts habe der Stuttgarter Regierung offensichtlich die letzten Hemmnungen in der Verfolgung einer aggressiven und eigensüchtigen Politik genommen. Das Stuttgarter Kabinett hätte nach Auffassung der badischen Regierung besser daran getan, wenn es einer weisen Mäßigung das Wort gegeben hätte. Die Stuttgarter Regierung habe es für notwendig erachtet, heißt es in der Stellungnahme weiter, die badische Kritik am Verhalten des Bundesverfassungsgerichts in den Vordergrund zu rücken. Jede Regierung dürfe es dem Staatsoberhaupt getrost überlassen, sich über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts seine eigene Meinung zu bilden. Im übrigen sei keine Bestimmung be-

kannt, die die Kritik am Urteil eines Gerichtes, und sei es auch das Bundesverfassungsgericht, ausschließe. Die badische Regierung habe sich bisher jedoch einer solchen Kritik enthalten.

Die massierten und massiven Angriffe der Regierungserklärung erschütterten die badische Landesregierung nicht in ihrem Standpunkt, wird in der Freiburger Stellungnahme hervorgehoben. Darüber hinaus auch nicht die an die Phrasologie einer unseligen Zeit anklingenden Superlative hinweg: „Wir wollen im Südweststaat eines der schönsten, wirtschaftlich gesündesten und sozial befriedeten Länder der Bundesrepublik schaffen.“ Diese schöne Formel stehe im bedenklichen Gegensatz zu der Art und Weise, in der über den Willen eines ganz erheblichen Teils der badischen Bevölkerung des gedachten zukünftigen Südweststaates hinweg, zur Tagesordnung übergegangen werden solle. Es fehle die Vokabel, um dem Ausdruck zu geben, was die Badener gefühlsmäßig beherrsche, wenn sie aus der Stuttgarter Regierungserklärung entnehmen, daß „mit der Freiburger Regierung die „kommunistischen und ehemaligen Nazi-Führer“ für die Idee des Landes Baden streiten“. Gerade diese Behauptung zeige, daß die württemberg-badische Regierung trotz ihrer badischen Mitglieder das badische Volk nicht kenne, da sie sonst wissen müsse, daß gerade die Freunde einer echten Demokratie „hinter der Fahne der Anhänger der gesamtbadischen Lösung marschieren“.

Ausschuß der Volksvertretung einberufen

Zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung

Freiburg (Ide). Der Präsident des bisherigen badischen Landtags, Dr. Person, hat für kommenden Montag den „Ausschuß der Volksvertretung“ einberufen. Der Ausschuß tritt nach der badischen Verfassung zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Landesregierung, zur Behandlung dringender Angelegenheiten in der Zeit außerhalb der Tagungen und nach Beendigung der Wahlperiode oder nach der Auflösung des Landtags bis zum Zusammenritt des neuen Landtages in Funktion.

Dr. Person erklärte, er habe den Ausschuß einberufen, um in der durch die Aufhebung des „Blitzgesetzes“ entstandenen Situation wenigstens mit einigen Abgeordneten in Verbindung zu bleiben, zumal da noch eine Reihe rückständiger, rein geschäftsmäßiger Landtagsangelegenheiten vorliegen. Er nehme an, daß auch die Regierung in der nichtöffentlichen Sitzung vertreten sein werde. Dr. Person betonte, daß der Ausschuß keinen Einfluß auf die gegenwärtige staatsrechtliche Situation habe. Zumal ihm gegenüber keine Ministerverantwortlichkeit bestehe. Auch gebe es weder ein Gesetz noch Landtagsbeschlüsse, die die Befugnisse des Ausschusses genau abgrenzen. Wenn der Ausschuß der Volksvertretung für den gegenwärtigen staatsrechtlichen Zustand auch nicht passe, so sei er immerhin eine Stelle, die der Volksvertretung Gehör verschaffen könne. Dr. Person erklärte, er habe die Einberufung des Ausschusses nicht zuletzt wegen eines offenkundigen gewissen Mißtrauens der Op-

position gegen die Landesregierung für zweckmäßig gehalten.

Dem Ausschuß gehören neben Dr. Person als Vorsitzenden die bisherigen CDU-Abgeordneten Dr. Hoffmann, Hermann Schneider, Anton Hilbert, Dr. Schlapper und Anton Dichtel, die SPD-Abgeordneten Fritz Schieler und Richard Jäckle, der FDP-Abgeordnete Wilhelm Menges und der KPD-Abgeordnete Erwin Eckert an.

Ein Schelm, der Böses denkt

OB Dr. Hoffmann zu seiner Locarno-Rede
Freiburg (Iwb/Ide). Die deutsch-französische Verständigung müsse so vollkommen sein, daß es eber zwischen Baden und Württemberg als zwischen Deutschland und Frankreich zu einer ersten Meinungsverschiedenheit kommen könne, hatte der Freiburger Oberbürgermeister Dr. Hoffmann auf dem internationalen Bürgermeisterkongreß in Locarno erklärt. Zu der lebhaften Reaktion, die dieser Vergleich vor allem in Veröffentlichungen der Südweststaat-Propaganda hervorgerufen hat, sagte Dr. Hoffmann, er habe mit diesem bewußt spässigen Vergleich lediglich sagen wollen, daß ein ernsthaftes Zerwürfnis zwischen Deutschland und Frankreich in Zukunft ebenso unmöglich sein dürfte, wie ein Streit ernsthafter Natur zwischen Baden und Württemberg. In dem Gremium, in dem sie gemacht wurde, sei die Bemerkung auch genau so verstanden worden, wie sie gemeint gewesen sei und man habe sie mit der entsprechenden Heiterkeit quittiert. Dem Humorlosen könne er leider nicht helfen.



Ein Viertakt-Fahrradmotor

mit 48 ccm Zylinderinhalt wird auf der Frankfurter Internationalen Fahrrad- und Motorrad-Ausstellung gezeigt. Der über dem Vorderrad montierte Motor leistet 1,4 PS bei 4800 U/min, und erreicht eine Geschwindigkeit von 39 Stdkm. Das Getriebe hat zwei Gänge; der Kraftstoffverbrauch wird mit 1 l auf 100 km angegeben.